

Erfolgloser Widerstand in letzter Minute

Aus Sicht von FDP und SVP ist zu wenig klar, ob 120 Millionen für ein neues Untersuchungsgefängnis gerechtfertigt sind.

Raphael Karpf

Bemerkenswert. Das Wort beschreibt die Umstände noch am ehesten. Dass dringender Handlungsbedarf besteht, ist unbestritten. Auch gegen das Projekt an sich hat grundsätzlich niemand etwas. Und trotzdem wird seit über zehn Jahren – immer wieder auf unterschiedliche Weise – versucht, das neue Untersuchungsgefängnis im Deitingerschachen zu verhindern oder hinauszuzögern. In Minischritten schleppt sich das Projekt der Volksabstimmung entgegen.

Eine nächste Hürde nahm das Geschäft diesen Dienstag im Kantonsrat. Und erneut waren die Umstände, wie es so weit kam, einigermaßen bemerkenswert. Doch von vorne.

Marschhalts-Forderung der Politik erfolglos

Heute gibt es zwei Untersuchungsgefängnisse, eines in Olten und eines in Solothurn. Beide sind in die Jahre gekommen, in beiden müssen, wenn man den Voten im Rat lauschte, prekäre Bedingungen herrschen. «Unbefriedigend» war noch eine der sanfteren Umschreibungen der Situation, auch Worte wie «erschreckend», «inakzeptabel» oder «beelendend» fielen. Ein Beispiel, das genannt wurde: Weil es insbesondere in Solothurn zu wenig Platz hat, können die Insassen nicht wie vorgeschrieben nach Alter und Geschlecht getrennt werden. Die Folge: Sie verbringen 23 Stunden pro Tag in ihrer Zelle, wofür der Kanton schon von der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter kritisiert wurde. Es muss also etwas getan werden, besser heute als morgen. Seit über zehn Jahren ist der Kanton nun dabei, ein sol-



Visualisierung des geplanten Baus in Deitingen.

Bild: Ipas Architekten Und Planer AG

ches Projekt auszuarbeiten, geplant ist ein Neubau im Deitingerschachen, hinter der bestehenden Justizvollzugsanstalt.

Zuerst wurde das Projekt durch Einsprachen gegen die notwendige Zonenänderung verzögert. Als diese Hürde gemeistert war, versuchte die Politik 2020, das Projekt zu stoppen, respektive verlangte, dass nochmals von vorne begonnen wird. Kritisiert wurde damals insbesondere, dass Landwirtschaftsland zubetoniert wird. Nach hitzigen Diskussionen wurde der Marschhalt im Kantonsrat aber mit 62 zu 30 Stimmen deutlich verworfen.

30 Millionen im Jahr: Ist das viel?

Zur nächsten Runde im Gefängnisstreit kam es nun, weil die Investitionen absegnet werden

mussten. Und mit FDP und SVP stellten gleich zwei Parteien Rückweisungsanträge. Zu reden gab diesmal aber nicht der Landverschleiss, sondern das Geld. Rund 120 Millionen Franken kostet das Projekt, wovon der Kanton rund 102 Millionen zu bezahlen hätte. Dazu kommen die regelmässigen Betriebs- und Unterhaltskosten.

Spannend während der Debatte: Dass das Ganze «zu gross, zu teuer» sei, und die Kosten in keinem Nutzen zum Verhältnis stehen würden, sagte in dieser Deutlichkeit einzig Walter Gurtner (SVP, Däniken) als Einzelsprecher.

Ansonsten argumentierten die Gegner des Projekts zurückhaltender: Ja, 120 Millionen Franken sei sehr viel Geld. Darum gehe es aber gar nicht in erster Linie. Sondern es fehle

eine Einordnung. Insbesondere bei den Betriebskosten von 28,6 Millionen Franken im Jahr (das entspricht Gesamtausgaben von über 1,1 Milliarden auf eine Lebensdauer von vierzig Jahren): Ist das im Vergleich mit anderen Gefängnissen viel? Oder wenig? «Wir brauchen bessere Grundlagen, um einen so weitreichenden Entscheid treffen zu können», sagte etwa Martin Rufer (FDP, Lüsslingen).

Erinnerungen ans Bürgerspital

Über dem Ganzen schwebte irgendwie auch der Neubau des Bürgerspitals Solothurn. Dort merkte man erst, dass man mit der zu grossen Kelle angerührt hatte und dass sich die Solothurner Spitäler AG die jährlichen Abschreibungen gar nicht leisten kann, als schon gebaut

war. Dass sich die Geschichte wiederholt, soll um jeden Preis verhindert werden. Das Problem: Wirklich brauchbare Vergleiche der Kosten mit denen anderer Gefängnisse gibt es offenbar nicht. «Das ist, wie Äpfel mit Birnen zu vergleichen», sagte Baudirektorin Sandra Kolly.

So unterschiedlich seien die jeweiligen Justizvollzugsanstalten baulich, betrieblich, auch von den Aufgaben her, die dort erfüllt werden müssen. Dazu kommt: Das Gefängnis soll ein modernes werden, nicht mehr zu vergleichen mit den heutigen Gefängnissen.

Wenn die Fragen erst kurz vor Schluss auftauchen

Dass es im Kantonsrat überhaupt erst zu den Diskussionen kam, lag an der gigantischen

Zahl von 1,1 Milliarden Franken. Die Vorgänge, die dazu führten, sind zudem einigermaßen bemerkenswert. Denn: Fragen zu dieser Zahl tauchten erst wenige Tage vor der Session auf.

Noch übers Wochenende versuchte Kollys Departement, die Zahl etwas einzuordnen. Das gelang aber ganz offensichtlich nicht überzeugend, darum die kurzfristigen Rückweisungsanträge (jener der FDP wurde am Vortrag der Session eingereicht).

Der richtige Ort, um solche Fragen zu stellen, wäre aber Wochen zuvor in den vorbereitenden Kommissionen gewesen. Dort hätte Kolly bereits erklären können, was sie nun vor dem ganzen Rat tat: Dass diese Budgetierung mit grösster Vorsicht zu geniessen sei, dass sie eine Vollkostenrechnung für den absoluten Worst Case sei, dass das geplante Projekt durchoptimiert und die günstigste Variante sei und langfristig Kosten sparen würde.

Auch hätte Kollys Departement mehr Zeit gehabt, seriöse Antworten und Zahlen auf die Fragen zu liefern. Doch in den Kommissionen wurde die Vorlage offenbar mit sehr wenigen Gegenstimmen durchgewunken. Das sorgte nun für Kritik: Die Kommissionen hätten ihre Arbeit «dürftig» gemacht (Daniel Urech, Grüne Dornach), ja die Kommissionsarbeit stosse geradezu «sauer auf» (Nadine Vögeli, SP Hägendorf).

Auf die Vorlage hatte dies allerdings keinen Einfluss. FDP und SVP fanden keine Stimmen ausserhalb ihrer Parteien, ihre Rückweisungsanträge wurden mit 51 zu 38 (FDP) respektive 53 zu 35 (SVP) abgewiesen. Zur Volksabstimmung kommt es voraussichtlich im Oktober.

Ausweg aus Verkehrsmisere gesucht

Kantonsrat verlangt eine Gesamtschau zur Verbesserung der Situation im Grossraum Olten.

Urs Moser

Es gibt unter anderem ein Szenario ERO+ (Verlängerung Entlastungsstrasse Region Olten), das Projekt «All-Gäu», die Planung «Raum und Mobilität Niederamt», das Agglomerationsprogramm «AareLand» oder den «Velonetzplan Kanton Solothurn».

Kurzum: In den Augen des Regierungsrats liegt die in einem überparteilichen Auftrag verlangte Auslegeordnung die Verbesserung der Verkehrssituation im Grossraum Olten/Niederamt/Untergäu bereits vor.

Eine Gesamtkonzeption wird vermisst

Die Mehrheit des Kantonsrats sah das am Dienstag anders, erklärte den Auftrag erheblich (mit 79:9 Stimmen) und sprach sich mit 52:33 Stimmen auch dagegen aus, ihn gleich als er-

ledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat muss in Sachen Verkehrsmisere in und um Olten noch einmal über die Bücher.

Probleme gibt es vor allem in der Stadt selber. Vorliegende oder angedachte Projekte und Planungen ändern nichts daran, dass die seit 10 Jahren in Betrieb stehende Entlastungsstrasse im Osten mitten in der Stadt endet und sich der ganze Verkehr über Sälikreisel und Postplatz zwängt, dass die Busse im Stau stehen und es kaum Platz für vernünftige und sichere Achsen für eine Langsamverkehr-Verbindung der Stadthälften links und rechts der Aare gibt.

Die Situation sei für alle Beteiligten unbefriedigend, so Stefan Nünlist (FDP, Olten), es brauche ein Gesamtverkehrskonzept für den Grossraum Olten unter Federführung des Kantons. Von verschiedener Seite wurde bemängelt, dass es

wohl verschiedene Planungen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Region gibt, diese aber nicht wirklich aufeinander abgestimmt und koordiniert seien, wohl sei schon viel Grundlagenarbeit geleistet, aber deshalb den überparteilichen Auftrag auch gleich als erledigt abzuschreiben wäre ein falsches Zeichen an die Bevölkerung, die sich verbindliche Antworten zu den Verkehrsproblemen wünscht, sagte etwa Christian Ginsig (GLP, Olten).

Kritik an alten Rezepten, die nicht mehr taugen

Auch Olten Stadtpräsident Thomas Marbet konnte namens der SP-Fraktion erklären, dass man sich mehrheitlich gegen die Abschreibung ausspreche, da auch mit den von der Regierung in ihrer Stellungnahme aufgeführten Planungen gordische Knoten in der Dreitannenstadt bestehen blie-

ben und es eine «umfassende Gesamtplanung» brauche. Auf der Seite der Grünen, die den Vorstoss ablehnten, stand man diesmal bei der Mitte. Der natürliche Reflex, zur Lösung von Verkehrsproblemen nach mehr Strassenraum zu verlangen, sei kaum noch zielführend, meinte deren Sprecher Georg Nussbaumer (Hauenstein). Genau darauf ziele der Vorstoss aber letztlich ab: mehr Fläche für den motorisierten Individualverkehr, hatte Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil) kritisiert.

Moderne Verkehrsplanung habe den «vier V» zu folgen (vermeiden, verlagern, verträglich gestalten, vernetzen), wie das in Olten auch grundsätzlich gemacht werde. Die Urheber des Vorstosses würden den Fokus aber immer noch auf die Entflechtung richten, das heisst auf mehr getrennten Raum für die verschiedenen Verkehrsträger.

Solothurn wieder bei Neuer Regionalpolitik dabei

Der Kantonsrat gibt grünes Licht für ein neues Umsetzungsprogramm zur Neuen Regionalpolitik des Bundes.

Mit dem Förderprogramm «Neue Regionalpolitik» unterstützt der Bund seit 2008 den ländlichen Raum bei der Bewältigung des Strukturwandels. Um Projektbeiträge verteilen zu können, müssen die Kantone ein Umsetzungsprogramm mit spezifischen Zielen und Schwerpunkten eingeben. Der Kantonsrat hat dafür grünes Licht gegeben. Aus Spargründen zog sich Solothurn eine Zeit lang aus der Neuen Regionalpolitik zurück. In der Programmperiode 2020–2023 war man wieder dabei, und auch 2024–2027 zieht Solothurn wieder mit. Der Verpflichtungskredit von brutto 4 Millionen dafür war im Kantonsrat unbestritten, er wurde ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Im Mittelpunkt stehen Innovationsprojekte, welche die Exportfähigkeit fördern und Projekte zur Steigerung der Wertschöpfung im touristischen Bereich.

Für À-fonds-perdu-Beiträge an solche Projekte stehen zwei Millionen vom Bund und zwei Millionen vom Kanton zur Verfügung, einen Drittel müssen die Projektträger selber aufbringen. Macht insgesamt 5,5 Millionen. Im Kantonsrat war man sich einig: Das Programm sei «eine gute Sache, ein Instrument zur Umsetzung der Standortstrategie, ein Gewinn für den Kanton», wie es FDP-Sprecher Mark Winkler (Witterswil) ausdrückte.

Aktuell hat das Staatssekretariat für Wirtschaft das Schwarzbubenland mit Ausnahme der Gemeinden Grindel, Beinwil und Erschwil vom Wirkungssperimeter des Programms ausgeschlossen. Man sei aber überzeugt, dass dieser willkürlich anmutende Entscheid korrigiert und der Wirkungssperimeter auf den ganzen Kanton angewendet werden kann, erklärte Volkswirtschaftsdirektorin Brigit Wyss. (mou)